



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksversammlung Altona

A/BVG/123.30-01

Drucksachen-Nr. XIX-2427
25.03.2013

Antrag

- öffentlich -

Gremium	am
Bezirksversammlung	28.03.2013

Mobilen Bürgerdienst als zusätzliches Angebot zu den Kundenzentren prüfen

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE

Zum 30.9.2011 ist der Mobile Bürgerdienst in der Haspa-Filiale des Luruper EKZ Elbgaupassagen geschlossen worden. Das Bezirksamt begründete die Schließung mit technischen Problemen, die mit der Einführung des neuen Personalausweises zum 1.11.2010 zusammenhängen (Drs.-Nr. XIX-0394). Am 16.12.2011 haben die sieben Hamburger Bezirksamtsleiter das Projekt „Optimierung & Standardisierung der hamburgischen Kundenzentren eingesetzt (Anlage zur Drs. Nr. XIX-0944.2). Teil dieses Projektes ist es, Vorschläge für die Erweiterung und Optimierung der IT Infrastruktur sowie Geschäftsprozesse und Organisation der Kundenzentren bis zum 31.12.2013 zu unterbreiten.

Die Antwort auf eine Kleine Anfrage ergab, dass im Rahmen dieses Projekts nicht nach betriebssicheren IT-Lösungen gesucht wird, künftig wieder einen technisch zuverlässigen mobilen Bürgerdienst vor Ort anbieten zu können, vgl. Drs. Nr. XIX 2323, Projekt „Optimierung der hamburgischen Kundenzentren“ – Sachstand im Bezirk Altona V, Kleine Anfrage von Karsten Strasser (Fraktion DIE LINKE). Ferner ergab die vorgenannte Kleine Anfrage, dass die Möglichkeit mobile Bürgerdienste vor Ort einzurichten, nicht bei der Erarbeitung eines Standortkonzepts für Kundenzentren zum 31.12.2013 berücksichtigt wird.

Mobile Bürgerdienste haben sich aber als Angebot für Serviceleistungen des Pass- und Meldewesens vor Ort bewährt und sollten daher in die Prüfungsaufträge des derzeit laufenden Projekts „Optimierung der hamburgischen Kundenzentren“ einbezogen werden.

Das Bezirksamt wird gemäß § 19 BezVG aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass folgende zusätzliche Prüfaufträge in das Projekt „Optimierung der hamburgischen Kundenzentren“ aufgenommen werden:

- 1. Prüfung von betriebssicheren IT-Lösungen, um die Beantragung des neuen Personalausweises unter den Bedingungen eines mobilen Bürgerdienstes zuverlässig anbieten zu können.**

2. Prüfung der Einrichtung neuer mobiler Bürgerdienste als Ergänzung zu den bestehenden Kundenzentren im Rahmen des zum 31.12.2013 zu erarbeitenden Standortkonzeptes.

Petitur:

Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.

Anlage/n:

ohne Anlagen